

# TRIGLAV.

Abonnement für Laibach

ganzzährig 5 fl. — kr.  
halbjährig 2 „ 50 „  
vierteljährig 1 „ 25 „

Durch die Post  
ganzzährig 6 fl. 40 kr.  
halbjährig 3 „ 20 „  
vierteljährig 1 „ 70 „

Eingelne Exemplare kosten 5 Rfr

Ersteinst  
Dienstag und Freitag.  
Redaktion:  
Stadt, N. Markt Nr. 220, 3. St.  
Expedition:  
Rann Haus-Nr. 190.

Insertionsgebühren:  
für die 2spaltige Zeile oder deren  
Raum für 1 Mal 6 kr., 2 Mal  
8 kr., 3 Mal 10 kr. Insertions-  
stempel jedes Mal 30 kr.

Zeitschrift für vaterländische Interessen.

Verlag und Druck von  
J. Blasnik.

(Manuskripte werden nicht zurückgesendet.)

Verantwortlicher Redakteur:  
P. v. Radics.

II. Jahrgang.

Laibach am 6. März 1866.

N<sup>o</sup>. 19.

## Bescheidene Anfrage an die geehrte Redaktion des „Triglav“ in Betreff unserer Schulfrage.

Aus Anlaß des Ausganges, den der Dr. Bleiweis'sche Antrag, betreffend die Regelung der Unterrichtssprache an unseren Volks- und Mittelschulen in unserem Landtage erfahren hatte, suchte ich mir den von Dr. Bleiweis citirten Entwurf der Organisation der Gymnasien und Realschulen in Oesterreich, der vom Ministerium des Cultus und Unterrichtes im Jahre 1849 herausgegeben wurde, und im Wesentlichen gesetzlich noch in Kraft besteht, zu verschaffen, um diese in das Leben unserer Nation so tief eingreifende Frage auf Grund der annoch bestehenden Gesetzgebung zu studieren. Beim Vergleiche des Lektionsplanes dieses Organisationsentwurfes mit jenem, den uns unsere Gymnasien und die Laibacher Oberrealschule in ihren Jahresberichten ausweisen, stieß ich alsbald auf eine enorme Abweichung derselben in einem wesentlichen Punkte, nämlich in der wöchentlichen Stundenanzahl, die dem Unterrichte in der Muttersprache zugewiesen sind. Während der Ministerial-Organisations-Entwurf der Muttersprache an Gymnasien (laut Ministerial-Nachtragsverordnung vom 10. Septemb. 1855, Z. 10,312—878), in der 1. und 2. Classe zu 4, in der 3. und 4. Classe zu 3, in der 5. Classe zu 2, und in der 6., 7. und 8. Classe zu 3; an der Realschule aber in der 1. Classe 4, in der 2. Classe 5, in der 3. Classe 3, in der 4., 5. und 6. Classe zu je 5 wöchentliche Stunden zuweist, fand ich in den factischen Lektionsplänen genannter Lehranstalten demselben nur zu je zwei wöchentlichen Stunden gewidmet, eine Stundenanzahl, die unmöglich ausreichen kann, um unsere Sprache so zu behandeln, wie sie die Instruction als Muttersprache behandelt wissen will. Ich dachte hin und her, um mir diesen Widerspruch zu erklären, allein es wollte mir die Auflösung dieses Problems nicht gelingen. Da fielen meine Augen auf den vorhergehenden Lehrgegenstand, der die Ueberschrift führt: deutsche Sprache, und richtig fand ich dabei meist die obgenannten Zahlen, die der Muttersprache gewidmet sein sollten, somit wurde es mir klar, daß die deutsche Sprache als die Muttersprache unserer Gymnasial- und Realschul-Jugend, die slovenische aber nur als die zweite lebende Sprache angesehen werden müsse. Da mir aber dieses trotz der Behauptung des gewesenen ungeprüften

Gymnasial-Supplementen und nunmehrigen Landtagsabgeordneten und Landesausschusses, Herrn Carl Deschmann, „daß die deutsche Sprache für die Slovenen keine fremde (vielleicht gar nicht die Mutter-) Sprache sei“ (!?) — einleuchten wollte, befah ich mir die statistischen Daten unserer genannten Lehranstalten, und erlah, daß das Laibacher Gymnasium im Jahre 1865 unter 633 Schülern 578, das Neustädter Gymnasium im Jahre 1862 unter 266 Schülern 215 und das Krainburger Untergymnasium im Jahre 1865, unter 114 Schülern 111, die hiesige Oberrealschule unter 207 Schülern jedoch nur 115 (credat Judaeus apella) Slovenen zählte. Jetzt fand ich den Schlüssel zur Auslösung obigen Problems, jedoch nur darin, daß die Sprache der 161 Schüler als Mutter-, die Sprache der 1019 Schüler aber nur als fremde Sprache, unserer slovenischen Jugend, wie etwa die italienische, welcher auch zwei wöchentliche Stunden zugewiesen sind, betrachtet werde. Da ich mir einerseits nicht denken kann, daß dieser Grundsatz richtig wäre, es andererseits aber auch nicht glaubwürdig finde, daß sich die betreffenden Direktionen vom Organisations-Entwurfe eigenmächtig, ohne höherer Einwilligung, die sich auf gewichtige Gründe stützte, so weit entfernt hätten, so stelle ich an die geehrte Redaktion des „Triglav“ die bescheidene Bitte, respective Anfrage: ob dieselbe nicht gewillt wäre, nach diesen wichtigeren Gründen zu forschen und das Resultat dieser Erforschung im „Triglav“ zu veröffentlichen? Mit der anzustellenden Forschung nach diesen Gründen und Bekanntgabe derselben wird üblichselbe nicht den Fragesteller, sondern Alle, denen das Wohl unserer slovenischen Nation am Herzen liegt, sehr verpflichtet.

Ein Slovenc,

dem das geistige und materielle Wohl seiner Nation sehr am Herzen liegt.

## Eine Ausgleichsidee für Ungarn und das dreieinige Königreich.

(Aus der „Politik“.)

Mit politischen Schlagworten wurde in Oesterreich bereits manche Idee unterdrückt, die einer reiflichen Erwägung würdig gewesen wäre,

## Feuilleton.

### Memorabilien.

2m+8. Der gute K—z, der sonst auch in der „Tagespost“ als K. S. öfters Diebstähle und andere nebensächliche Geschichten zur Sprache bringt, war also in „Telegraphen“ offenbar unglücklicher, indem er eine „Citavnica“ besprach, ohne sich je in die Beurtheilung der Bedeutung und Tragweite eines solchen volksthümlichen Vereines eingelassen zu haben. Der Herr wollte offenbar beweisen, daß die „Gesellschaft“, wie ich hier früher schon berührt, ohne „spezifische Färbung“, daß sie vielleicht gar eine Heilanstalt für national-verkommene Individuen ist! Lieber Leser, hast Du noch nicht gehört, daß auch schon Bauern die nationale Begeisterung ergriffen und belebt, einige sogar schon „narrisch“ gemacht hat? Jawohl! ein Blau-Vollblut, der übrigens in verschiedenen Stadien seiner Geistesgegenwart, punkto Nationalität, dehnbar und formwechselnd ist, wie ein Kautschuk, erzählte irgendwo, daß ein Bauer in Folge zu häufigen Besuchen der Citavnica oder sonstiger nationaler Gelegenheitsfeste „narrisch“ geworden ist (!?). Für solche Parteigänger ist es schrecklich, wenn auch einmal ein verständiger Bauer irgendwo im Vereine mit gebildeteren Klassen an einer Unterhaltung, welche den Zweck verfolgt, die Ausbildung des Geistes und Veredelung des Herzens anzubahnen, den Kreis der Anschauungen zu erweitern und den Werth derselben in der thatsächlichen Geltendmachung zu versinnlichen, Theil nimmt, gleichsam an dem Grundsatz verwickelter Zeiten festhaltend, daß der Mensch erst beim Baron beginne. Derartige Culturträger fühlen sich nur in einem „Mafvereine“ — in der „trefflichen“ Bedeutung genommen — recht behaglich, wo ein strebsamer und forschender Geist durch andere Substrate ersetzt wird. Man wäre wirklich geneigt, derartige Philister als Philosophen zu bewundern, wenn sie nicht gleichsam an der Materie kleben würden und wenn man nicht wüßte, wie sehr sie aus der Fassung kommen und sich erschrecken würden, falls ihre Einfalt jemals durch einen Zufall unter den Boden sinken würde, auf dem sie tanzen. An die Möglichkeit dieses Zufalles wollen sie aber gar nicht glauben und sind wirklich beneidenswerth, daß sie so ungeführt den Schlaf des Gerechten schlafen können. Doch dann und wann kann man sie dennoch erteln, daß sie ein wenig aufwachen, und — freilich erregt — einen Bescheid geben, aus dem man nicht klug wird.

Da ist auch ein mit dem Eis ringender Schlittschuhläufer, der noch bei Beginn der Schmerling'schen Luftschiffahrt die „Národni listy“ sehr gerne las, aber warum las er sie? Die Rolle mußte nämlich gut ein-

studirt werden, zumal in etwas untergeordneter Stellung, um bei allfälliger Witterungsänderung doch trockenen Fußes über das slovenische Meer an das ersehnte Ziel zu gelangen. Kaum aber waren die erwirkten Empfehlungen von Erfolgen begleitet, und ihm die Zügel anvertraut, kehrte ein gewisses, von der herrschenden Luftströmung begünstigtes Selbstbewußtsein ein, und in Folge dessen verdrängte die „Ostdeutsche Post“ die „Národni listy“, deren brühwarmer Leitartikel ihm auf seinen dunklen, oft unerforschlichen Wegen gleich einem Abendsterne fortan leuchteten und noch gegenwärtig leuchten, um schwarz-roth-goldene federlose Zweifüßler an seiner Seite als wüthende Gesinnungsgenossen und Helfershelfer aufzustellen. Er scheute nicht einmal weite Reisen, um ja Männer, die so frech sind, sich mit ž oder ř zu schreiben — denn in solchen Namen liegt gewissermaßen schon das politische Glaubensbekenntniß ausgebrückt — von seiner Nähe ferne zu halten. Solche Männer liefern also den Schutt, welcher bestimmt ist, „isolirende Nationalitätsfranken“ zwar nicht „um ihr Ländchen“, doch um ein national sein sollendes Institut zu ziehen, und „der geistreiche Antragsteller und Berichterstatter“ hätte in seiner gewohnten, von oratorischem (?) Flitterschmucke (?) freien Eleganz des Ausdruckes lieber ähnlichen Eiferern diese zu beherzigende Mahnung mitgeben sollen. So aber sind seine Worte in das „Gräblein“ gefallen und verleiteten sogar geistliche Doktoren, welche ganz wohl wissen können und es auch wissen, was eigentlich das beantragte, aber noch nicht angenommene Sprachengesetz bezweckt, zu dem unberechtigten und wenigstens unüberlegten Ausspruche: „Ich bin mit Leib und Seele ein Krainer, aber ich begreife nicht, wie diese Leute die schöne, klangvolle deutsche Sprache verdrängen wollen?“ Solche leere Phrasen und Schlagwörter sind wohl geeignet, das Treiben und Anstrengen nach einer idriatischen Monstrepetition mit Eitel zu erfüllen! Wie erst, wenn man die deutsche Sprache wirklich ganz verpönnen wollte und fragen würde, ob dieselbe wirklich in unserem Lande noch eine andere Berechtigung als die der Regierungssprache hat? Wenn man weiters die Frage beantworten wollte, ob die deutsche oder slovenische Sprache in Krain Landessprache sei? Den Vorwurf könnte man uns offenbar nicht machen, daß wir es auch hier „den Cechen in Prag getreulich nachmachen!“ Doch zu trauen ist's nicht, denn es gibt Individuen, die sich in mannigfachen Forschungen „gefallen“ und mit ihrem Mikroskope sind sie im Stande, auch hierin eine Aehnlichkeit zu finden. Man staunt darüber, wie man „erst in sehr reifem Alter ein Slovenc“ werden kann, aber merkwürdiger dürfte es sein, wie ein „ehemaliger“ UltraSlovenc in Wort und Schrift „im Handumwenden“ sich das deutsche — vielleicht auch das nichtsagende, aber doch eine Scheingelehrsamkeit zeigende — „Bewußtsein“ (?) beigebracht habe?

und die Einkleidung der Ausgleichsgedanken in centralistische, föderalistische oder dualistische Programme sehen wir täglich Schiffbruch leiden an den Antipathien und Vorurtheilen der einander gegenüberstehenden politischen Parteien. Es gibt keinen Föderalisten in Oesterreich, der die Zweitheilung der Monarchie oder was dasselbe ist, der die Centralisation nach zwei Punkten fördern oder auch nur zugeben könnte, und jenes Ministerium, das die Erbschaft Schmerling's wenigstens in den westlichen Ländern durchzuführen und die geschichtlichen Königreiche und Länder ihrer uralten staatsrechtlichen Kompetenz auf Kosten eines engeren Reichsrathes, in welcher Ausgabe immer, berauben wollte, würde erst erfahren, welche Fortschritte das rechtshistorische Bewußtsein der Völker seit dem Sturze des Februar-Ministeriums gemacht hat. Dagegen wird bestritten, daß der Dualismus immer in dieser häßlichen Form erscheint. Andererseits gibt es wenig Dualisten, von Centralisten wollen wir gar nicht reden, die sich den Föderalismus anders denken, als einen nationalen Plan zur Dekomponirung des Königreiches Ungarn und der Monarchie überhaupt, und doch ist auch diese Auffassung ganz unbegründet und entstammt einer völligen Unkenntniß der Verhältnisse und Parteitendenzen, oder einer vorläufigen Verdächtigung.

Der Föderalismus, in Oesterreich nicht neu, gründet sich nicht auf das Prinzip der Nationalität, wenn es diese achtet und als ein Axiom der Freiheit respektirt; der Föderalismus in Oesterreich findet seine Begründung in dem historischen Rechte der einzelnen Königreiche und Länder, aus denen die Monarchie zusammengesetzt ist, und aus diesem Grunde muß er auch für das historische Recht der ungarischen Krone einstehen. Die Evolutionen einzelner föderalistischer Kreise gegen Ungarn vom Standpunkte der Nationalität sind nicht eine Erscheinung des Föderalismus überhaupt, sondern nur eine provozirte nothwendige Taktik, die wir in einer ähnlichen Ausgabe auch an Seite der Ungarn finden, welche gleichfalls, obwohl Vertreter des historischen Rechtes par excellence, leider nur zu oft vergessen, daß die Eintheilung Oesterreichs in „zwei Hälften“, die geschichtlich nie existirt haben, die vollständige Ignorirung des historischen Rechtes ganzer Königreiche diesseits der Leitha bedeutet. So oft, aber nur so oft Ungarn diese historischen Rechte ignorirt, so oft wird ihm mit gleichen Waffen begegnet, ohne daß diese im Prinzip des Föderalismus liegen würden. Als Föderalisten geben wir zu, daß ein staatsrechtliches Verhältniß zwischen dem dreieinigem Königreiche und Ungarn besteht, und daß es alle Freunde des historischen Rechtes achten müssen; daraus folgt aber, daß wir keine Gemeinschaft mit jenen angeblichen Föderalisten haben können, die im dreieinigem Königreiche von einer staatsrechtlichen Verbindung mit Ungarn nichts wissen wollen, und wenn diese Antipathie selbst durch die Furcht vor einem möglichen Dualismus begründet wäre.

Wir begünstigen daher einen legalen Ausgleich zwischen den beiden Königreichen, insofern er nur die vollständige Autonomie des dreieinigem Königreiches wahr, weil hiedurch eine Lebensfrage des allgemeinen Ausgleiches gelöst wird, und weil hiedurch dem Einwande begegnet wird, daß die rechtshistorischen Ansprüche der einzelnen Länder so gewaltige Gegensätze enthalten, daß eine Konstituierung Oesterreichs auf ihrer Basis gar nicht möglich ist.

Se. Majestät haben der Deputation des kroatisch-slavonischen Landtages anlässlich der Ueberreichung der Landtagsadresse zu bedeuten geruht, „daß alle Fragen in dem gegenwärtigen Augenblicke durch die unabwiesliche Forderung weit überragt werden, die im Rechte begründeten gegenseitigen Beziehungen der unter der heiligen Stefanskronen vereinigten Länder zu regeln, und ihre innige unzertrennliche Verbindung mit dem Gesamtreiche in einer den Bedürfnissen der Zeit entsprechenden Weise zu sichern.“ (Schluß folgt.)

## Ein Antrag des Herrn E. Pour

(in der Generalversammlung des Ausschikassensvereines\*) am 25. v. M.)

„Heutzutage dürfte es wohl Niemanden, der nur einige national-ökonomische Kenntnisse besitzt, mehr geben, welcher nicht die Ueberzeugung hegte, daß im Volkshaushalte, wie in der Natur, ein Faktor wechselseitig den anderen bedingt. Eben so fest dürfte die Ansicht stehen, daß das, was im Menschenleibe Circulation und Nerventhätigkeit sind, in der organischen Gliederung des wirthschaftlichen Lebens die Industrie, Gewerbe und der Handel zu bedeuten haben. Ein Hauptfaktor der Lebensthätigkeit der Industrie, der Gewerbe und des Handels ist das Geld, je rascher die Circulation, desto größer die Vortheile. In jedem industrie- und gewerbereichen Staate finden wir möglichst viele Institute, welche die Vermittlung des Geldes besorgen und wo Jedermann sein disponibles Geld zweckmäßig und thunlichst sicher anlegen kann. Wenn wir in dieser Hinsicht speziell unser Land betrachten, so finden wir, daß wir im Lande und zwar in der Hauptstadt drei Geldinstitute besitzen und zwar: die Sparkasse, Escomptebank und unseren Verein. Wie bekannt, verzinsen die Sparkasse und unser Verein statutenmäßig die eingelegten Kapitalien vom ersten Tage des nächsten Monats, in welchem die Einlage geschehen ist, und wenn das Kapital während des Monats behoben wird, so werden die Zinsen nur bis zum ersten Tage des laufenden Monats berechnet, hiemit wird das Kapital, welches z. B. am zweiten Tage eines Monats eingelegt wird und am letzten Tage des darauffolgenden Monats behoben wird, durch fast zwei Monate nicht verzinst. Aus diesem Grunde pflegen hier Geschäftsleute, welche Gelder auf einige Wochen disponibel haben, dieselben in ihren Kassen als todttes Kapital aufzubewahren, und es liegen bei diesem Umstande in unserer Stadt stets mehrere tausend Gulden todttes Geld, was in national-ökonomischer Hinsicht ein Krebschaden ist. Was geschieht in dieser Hinsicht in anderen Städten? Wir finden überall, wo Industrie und Handel gedeiht, irgend ein Geldinstitut, wie z. B. in Prag die Gewerbebank, in Graz die steiermärkische Escomptebank, in Triest die Creditanstalt u. s. w., wo die Gelder der Geschäftsleute gegen Ausfolgung von Anweisungen (Cheques) über die eingezahlte Summe ausgefolgt und das Geld bei 24stündiger Kündigung

mit 4 % und bei 48stündiger Kündigung mit 4 1/2 % verzinst wird. Diese Institute legen das Geld nutzbringend an, entweder a) durch Escomptirung von guten und sichern Wechseln oder b) durch Ankauf von Effekten der schwebenden Staatsschuld, welche auf Verlangen oder höchstens nach drei Monaten rückzahlbar sind. Da bei unserem Vereine hauptsächlich größere Einlagen wünschenswerth wären, wie aus dem Geschäftsgange ersichtlich ist, damit den vielen Anforderungen der Mitglieder entsprochen werden könnte, so erlaube ich mir folgenden Antrag zu stellen: Die löbliche Versammlung möge beschließen: Es sei an den Verwaltungsrath das Ansuchen zu stellen, derselbe möge in Berathung ziehen, ob es thunlich wäre, daß der hiesige Ausschikassensverein Gelder von Geschäftsleuten gegen verzinsliche Cassaanweisungen (Cheques) in Empfang nehme, welche auf einen bestimmten Namen lauten und die jedoch auf keinen geringeren Betrag als 10 Gulden ausgestellt sind, und das Präsidium des Vereines möge in der nächsten Generalversammlung das Resultat der Berathung den Mitgliedern bekannt geben.“ (Wird angenommen.)

## Revue der Landtage.

(Ungarischer Landtag.) Sitzung der Deputirtenversammlung am 28. Februar. Präsident erstattet Bericht über den Empfang der Adressdeputation und läßt die Ansprache derselben, sowie die Ermiederung Sr. Majestät verlesen. Hierauf stellt Deak unter Hinweis auf die Adresse den Antrag, daß eine Commission betreffs „der gemeinsamen Angelegenheiten“ gewählt werde, welche vorläufig aus 50 Mitgliedern bestehen solle und später 15 Siebenbürger, sowie seinerzeit auch Vertreter aus Croatien, Slavonien und Dalmatien zuzutheilen wären. Er beantragt deshalb eine zahlreiche Commission, weil der Gegenstand sehr wichtig sei und Subcomités erheischen werde. Bözörményi will die Berathung des Antrages, bis alle Siebenbürger hier sein werden. Deak verfißt die Dringlichkeit seines Antrages.

(Ungarischer Landtag.) In der Landtagssitzung am 3. März wurde das königliche Reskript auf die Adressen beider Häuser verlesen. Das Abendblatt des „Pester Lloyd“ bringt eine Analyse des Reskriptes folgenden Inhalts: Der Kaiser habe die Versicherungen der Anhänglichkeit huldvoll entgegengenommen und wolle im Vertrauen zur Nation rückhaltlos seine Ansichten über die von den Adressen berührten Gegenstände aussprechen. Die pragmatische Sanction habe die Verbindung zwischen der ungarischen Krone und den Erbländern bekräftigt; die Verbindung selbst sei 200 Jahre vor der pragmatischen Sanction erfolgt und wegen der Gemeinamkeit der Interessen und gemeinsamen Vertheidigung herbeigeführt worden. Das Reskript hebt die Gemeinschaftlichkeit der Wohlfahrt Ungarns und der übrigen Länder hervor. Der Kaiser sei erfreut, daß der Landtag bereitwillig auf die Frage der gemeinsamen Angelegenheiten eingegangen ist. Bei Regelung dieser müsse berücksichtigt werden, daß nun auch die auferungarischen Länder sich konstitutioneller Einrichtungen erfreuen. Der Kaiser fordere nicht, daß dem zuliebe Ungarn seine Verfassung aufopfere, er sei aber überzeugt, daß eine eingehende Berathung über die gemeinsamen Angelegenheiten die Nothwendigkeit einer Revision der 48er Gesetze darthun werde. Er weist insbesondere auf die Gesetzartikel 2, 3 und 4 hin, welche die Herrscherrechte mehrfach verlesen. Er könne namentlich nicht zugeben, daß der Palatin der mit so großen Vollmachten ausgestattete Vertreter des Königs sei, und daß der Landtag vor Bewilligung des Budgets nicht aufgelöst werden dürfe. Er hoffe, daß der Landtag bereit sei, diese Beeinträchtigung der Herrscherrechte zu beseitigen. Das Reskript bespricht sodann die Schwierigkeiten der unverweilt Wiederherstellung der Municipien. Der auf die Nationalgarde bezügliche Gesetzartikel möge gestrichen werden, weil diese Institution das Volk belaste, ohne Sicherheitszwecke zu fördern. Auch die übrigen Artikel der 48er Gesetze mögen einer genauen Revision unterzogen werden. Dieselben trügen den Charakter der Improvisation an sich. Der Kaiser hält demnach die Wiederherstellung derselben auf Grund der Rechtskontinuität mit dem Verufe seines fürstlichen Amtes unvereinbar und die praktische Ausführung der Rechtskontinuität nur insofern möglich, als künftig die Schaffung von Gesetzen auf Grund landtäglicher Vereinbarung geschehe. Die Geschichte beweise, daß man unter ähnlichen Verhältnissen ähnlich vorgegangen sei. Auf diese Weise könne der Ausgleich zu Stande kommen. Der Kaiser erfüllt von den Schwierigkeiten seines fürstlichen Berufes, fühle die Wichtigkeit des Krönungsbeides, deshalb weigere er sich zu besätigen, was zu beschwören sein Glaube und sein Gewissen ihm verbieten. Nach der Krönung werde er sich freuen, das edelste der Fürstenrechte ohne Sicherheitsgefährdung ausüben zu können. Bezüglich der erbetenen Integrität des Landtages solle das Berathungs-Resultat des kroatischen Landtages über das Reskript vom 27. Februar abgewartet werden. Auch der Kaiser erkenne es als Gerechtigkeitssache, die berechtigten Ansprüche der Nationalitäten und Konfessionen zu befriedigen und werde diesfällige Bemühungen bereitwillig unterstützen. Schließlich werde der Kaiser es als einen der schönsten Momente seiner Regierungszeit betrachten, wenn er werde sagen können, daß er das Glück und Wohl Ungarns gesichert habe.

In der Sitzung des Agrar Landtags vom 1. d. M. wurde eine Repräsentation an Se. Majestät verlesen wegen Unverletzlichkeit und Unverantwortlichkeit der Landtagsmitglieder. Hierauf kamen die beiden k. Reskripte zur Vorlesung.

Das Reskript an den kroatischen Landtag, welches die Adresse desselben beantwortet, liegt uns im Wortlaut vor. Es spricht am Eingange die Befriedigung Sr. Majestät darüber aus, daß der Landtag, den negativen Standpunkt des Jahres 1861 verlassend, die durch die Großmachtstellung der Monarchie geforderte gemeinsame Behandlung gemeinsamer Angelegenheiten des Reiches, wie dies im Diplome vom 20. Oktober 1861 als Grundgedanke ausgesprochen wurde, im Principe anerkennt, und fährt dann wörtlich so fort: „Da Ihr Euch sodann vollkommen bereit erklärt, zur Lösung der staatsrechtlichen Fragen in einer die Machtstellung des Reiches sichernden Weise mitzuwirken, und da Ihr dies am zweckdienlichsten im Vereine mit dem Königreiche Ungarn thun zu können vermeint, so mögen Wir Euch, damit die Erledigung dieser bringenden Frage nicht durch formelle Bedenken in die Länge gezogen werde, mit aller Wärme hiemit aufgefordert haben, im Hinblick auf das in den Adressen der beiden Häuser des ungarischen Landtages bereits kundgegebene bereitwillige Entgegenkommen, sofort zur Wahl einer Deputation zu schreiben, welche mit einer Deputation des zu Pest tagenden ungarischen Landtages über das gegenseitige staatsrechtliche Verhältniß sowohl, als über jenes zum Reiche in Unterhandlung zu treten hätte, wobei es Euch freisteht, unter Wahrung Euerer berechtigten Autonomie und durch Vorbehalt der Bestimmung Eures eigenen Landtages hinlängliche Garantien für die Aufrechterhaltung Euerer nationalen Interessen zu gewinnen. Auf diese Weise wird es früher gelingen, ein das staatsrechtliche Verhältniß der Länder der heiligen Stephans-Krone umfassendes Inauguraldiplom zu Stande zu bringen und zu dem Uns und Euch gleich warm ersehnten Krönungsbeide zu schreiten.“ Bezüglich der Militärgrenze, deren factische Vereinigung mit dem Mutterlande, sowie die Einsetzung von Civilautoritäten in derselben das Reskript, als nicht statthast bezeichnet, fügt dasselbe noch bei: „Wir können mit um so größerer Beruhigung für Unser väterliches Gewissen bei diesem Beschlusse beharren, als Wir Uns bewußt sind, solche Fürsorge und solche Verbesserungen schon getroffen zu haben und noch treffen wollen, welche den Zustand der Militärgrenze weit mehr als einen Segen, denn als eine Beschwerde für seine getreuen und tapferen Söhne erscheinen lassen.“

\*) Wegen Ueberfülle des Stoffes bringen wir den Schluß über diese Sitzung nächstens.

Wir geben uns der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß Ihr mit politischem Verständnis und mit der altbewährten Treue und Anhänglichkeit an unsere Person die Größe und die Wichtigkeit des Momentes und des Gegenstandes erfassen, unserem väterlichen wohlmeinenden Rathe nachkommen und nur das Mögliche und praktisch Erreichbare anstreben werdet. Dringend fordern wir Euch deswegen auf, mit Vermeidung aller Nebenrücksichten und Beseitigung aller Hindernisse und um auch dem ohnehin schwer belasteten Lande nicht noch größere Opfer aufzubürden, zu den die Lösung der für alle Völker unseres Reiches gleich wichtigen staatsrechtlichen Fragen bedingenden Maßnahmen ungehäumt zu schreiben und verbleiben mit unserer königlichen Huld und Gnade Euch auch noch fernerhin gemogen."

(Böhmischer Landtag.) In der Landtagsitzung am 1. März war die Verhandlung über den Rieger'schen Universitätsantrag an der Tagesordnung. Die Gallerien sind dichtgedrängt. Die Linke ist vollzählig. Abg. Tomek referirt für die Majorität der Commission, welche die vollständige Annahme des Rieger'schen Antrages empfiehlt; Abg. Dr. v. Hasner referirt namens der Minorität, welche vorher das Votum des akademischen Senats der Universität eingeholt wissen will. Als Redner für den Majoritäts-Antrag sind eingezeichnet: Tonner, Dr. Brauner, P. Jindra, Dr. Hamernik, Dr. Trojan, Dr. Cypur, Sabil, Dr. Rieger, Graf Leo Thun und Cardinal Fürst Schwarzenberg. Als Redner für den Minoritäts-Antrag sind eingezeichnet: Dr. Wolf, Professor Grohmann, Professor Brinz, Professor Herbst, Professor Höfler. In der Generaldebatte sprachen Höfler und Brinz gegen den Majoritätsantrag, Graf Leo Thun für die Trennung der Universität in eine deutsche und czechische. Um 4 Uhr wurde die Sitzung unterbrochen und um 7/5 wieder fortgesetzt. Als Generalredner sprachen noch Rieger für, Herbst gegen den Majoritätsantrag, dann Hasner als Berichterstatter der Minorität. Statthaltereirath Bach erklärte, die Regierung werde nicht umhin können, in dieser Angelegenheit die Universität zu befragen. Der Regierung liege das Interesse der hochberühmten Hochschule am Herzen, ebenso aber auch die Ansprüche der Böhmen auf Förderung ihrer Sprache und Literatur. Die Regierung werde nach sorgsamster Erwägung der verschiedenen Verhältnisse die endliche Entscheidung selbst mit pecuniären Opfern treffen. (Lebhafter Beifall.) Bei namentlicher Abstimmung wurde der Antrag der Minorität verworfen. Stürmische Slava-Rufe ertönten auf der Gallerie, welche von der auf der Straße versammelten Volksmenge wiederholt wurden. Da ruft Herbst in größter Erregung: „Durch die Slavas, die von der Straße ertönen und welche ein Pendant zu den Slavas der Gallerie bilden, ist die Berathungsfreiheit aufgehoben, denn es ist dies eine bestellte lang vorbereitete Demonstration.“ (Bewegung, großer Lärm auf der Linken und im Centrum.) Brinz: „Wenn die Gallerie nicht geräumt wird verlassen wir den Saal.“ Unter andauerndem Tumult schließt der Präsident die Sitzung. Der Platz und die Straßen vor dem Landtagsgebäude waren mit Menschen besetzt.

2. März. (Fortsetzung.) Es wird die Spezialdebatte über den Majoritätsantrag bezüglich des Rieger'schen Universitäts-Antrages aufgenommen. Graf Leo Thun vertheidigt seine Amendirung des Rieger'schen Antrages. Das Amendement Thun's lautet dahin: „Den Professoren und Dozenten jener Fächer, welche nicht lateinisch vorzutragen sind, steht es frei, ihre Vorträge deutsch oder böhmisch abzuhalten; Männer, welche ihre volle Befähigung in gelesener Weise darthun, können ohne Unterschied, ob sie deutsch oder böhmisch vortragen, nach Verdienst und Bedarf ordentliche und außerordentliche Professuren erhalten; es ist dafür zu sorgen, daß den Studierenden in dem Maße, als die erforderlichen Vorbedingungen eintreten, ermöglicht werde, die Lehrfächer, namentlich die obligaten, deutsch und böhmisch zu hören. Es ist der Grundsatz auszusprechen, daß bei allen Prüfungen der Universität dem Gebrauche der böhmischen wie der deutschen Sprache kein gefehliches Hinderniß entgegenstehe; die Staatsprüfungen sind so einzurichten, daß die Prüfungen nach Wunsch der Examinanden in einer oder der anderen Sprache abgelegt werden können. Ueber die Zulässigkeit der Anwendung dieser Grundätze auf die Rigorosen ist im Einvernehmen mit der Universität das Geeignestste zu veranlassen.“ Cardinal Schwarzenberg spricht für den Antrag des Grafen Leo Thun, welcher bei der Abstimmung angenommen wird. Hiemit ist die Universitäts-Frage erledigt. — Hierauf verliest der Oberst-Landmarschall eine Note des Statthaltereileiters Grafen Lazansky in welcher er das Bedauern ausdrückt, daß die gestern bestimmte angeordneten Maßregeln von den Executiv-Behörden weder entsprechend aufgefaßt noch durchgeführt wurden. Es sei die Verfügung zur Verhütung ähnlicher Demonstrationen getroffen, und er sei fest entschlossen, denselben entschieden entgegenzutreten. Sclabonsky sagt, die Gallerie habe nicht die Freiheit der Verhandlung beeinträchtigt. Herbst sagt: Ich glaube, die Ansammlung des Pöbels . . . (Stürmische Unterbrechung; Rufe im Centrum: Zur Ordnung!) Hierauf schließt der Oberst-Landmarschall die Sitzung.

## Politische Revue.

Am Vorabende der Debatte über den Rieger'schen Gleichberechtigungs-Antrag für die Prager Universität fand in dem altherwürdigen Carolinum ein Studentenkrawall statt, den herausbeizuhören zu haben Herrn Prof. Höfler das unbefristete Verdienst bleibt. Höfler, der bekannte Verfasser des Pamphletes „Johannes Hus“, verfaßte nämlich eine Broschüre, die gegen den Rieger'schen Antrag gerichtet ist, und die er in der erwähnten Landtagsitzung unter die Abgeordneten vertheilen ließ. Am Schlusse der Schrift appellirt Höfler an alle Universitäten Oesterreichs und Deutschlands; sie mögen entscheiden, ob in dem Verfahren der Deutschen etwas Unbilliges sei. „Ich appellire endlich“ — heißt es am Schlusse — „an die Mannen König Karls VI., der nie und nimmermehr einem derartigen Treiben Vorschub geleistet hätte, das Alles in Allem betrachtet, nicht einmal Anspruch auf Originalität erheben kann, sondern ein Plagiat an Hus und seinen Genossen ist, und diejenigen in die größten Verlegenheiten stürzen müßte, die es im wissenschaftlichen Interesse des böhmischen Volkes durchzuführen wollten.“ — Diese Schrift gab nun Veranlassung zu einem Studentenkrawalle. Die deutschen Universitätslehrer wollten nämlich Herrn Höfler in den Nachmittagsstunden des 28. v. M. eine Ovation darbringen, woran sie jedoch durch die Böhmen, welche eben keinen Anlaß haben, dem Herrn Professor, der an ihrer Nationalität nicht viel Gutes läßt, grün zu sein, gehindert wurden. Herr Höfler wurde an seinem Vortrag verhindert und der Rektor Magnificus hatte vollauf zu thun, um die stark aufgeregten Gemüther zu besänftigen. Die Gasse vor dem Carolinum war lange voll Leute und die abenteuerlichsten Gerüchte kursirten über den Vorfall. So wie derselbe jetzt von den Wiener Judenblättern in der böhmensindlichst Weise entstellte wird. Eines ist in der Sache wichtig, nämlich die Lehre, wie gefährlich es ist, einen Mann als Lehrkraft an einer Anstalt festzuhalten, dessen Wesen so ganz heterogen ist zu dem der Anstalt selbst ureigenen Wesen, und wie gefährlich es werden kann, wenn solch ein Mann die Situation, in der er sich befindet, ganz misskennend aus den Schranken des gewöhnlichen Anstandes heraustritt, und eine ganze Nation, eine Nation, die eine große und bedeutende Geschichte aufzuweisen hat, mit Roth bewirft. Der Jugend darf kein Lehrer ein solches Beispiel geben — es rächt sich gar bald an ihm selbst! —

Die böhmischen Prager Journale widmen insgesammt den am 28. Feb. (Abends) an der dortigen Universität stattgehabten Studenten-Krawallen Leitartikel und bezeichnen alle als den Grund dieser unlieblichen Ereignisse das Pamphlet, welches der deutsche Universitäts-Professor Höfler über die nationale Gleichberechtigung denselben Tag (Früh) veröffentlicht hatte.

Der gewöhnlich gut informirte Wiener Correspondent des „Eas“ theilt diesem Blatte mit, man sei in Pest wirklich schon der festen Meinung gewe-

sen, es werde demnächst ein ungarisches Ministerium kreirt werden. Die Vereitlung dieser Erwartung sei dem Grafen Belcredi und dem Grafen Esterházy zuzuschreiben. Letzterer, ein entschiedener Conservativer und Gegner des Parlamentarismus erschraucht über die sich herausbildende Allianz der sogenannten Verfassungsfreunde von diesseits der Leitha mit den Deákisten und stimmte gegen das ungarische Ministerium, welches eine der stärksten Stützen jenes Bündnisses zu sein geeignet wäre.

In Pest hielt am 1. März die Deák-Partei im Hôtel Europa eine Konferenz ab. Anwesend waren 150 Deputirte. Als Präsident fungirte Klauzál. Gegenstand der Berathung bildete das einzunehmende Verhalten der Deák-Partei Angesichts der Commissions-Wahl für die gemeinsamen Angelegenheiten. Zum Beschluß wurde erhoben: den Dreißiger Adreß-Ausschuß auch für die gemeinsamen Angelegenheiten zu belassen. In Betreff der Uebrigen zweiundzwanzig zu Wählenden wurde zwischen den Parteien folgendes Kompromiß geschlossen: 12 wählt das Centrum, 6 die Linke, 1 die Rechte, 2 die Romanen, 1 die Serben. Das Centrum proponirte: Madoczanyi, Justh, Kobicza, Gabriel Lonpay, Gr. Szárny, Kauz, Tresfort, Bitto, B. Drczy, Laurenz Köth; die Romanen: Mihályi, Hodossiu, Sabesiu, Mocioni; die Serben: Stratimirović, Damasfin, Milutinović; die Linke: Sarközy, Dnosy, Gr. Béla Keglevich, B. Simonyi, Szontagh, Komaromp; die Rechte: Zsedényi. Das Centrum akzeptirt anstandslos die zwei Letztproponirten.

Die „Moravská orlice“ sagt in einem, der Antwort, welche Se. Majestät den ungarischen Adreß-Deputationen ertheilte, gewidmeten Artikel: Der Kaiser sprach mit jenem Selbstbewußtsein seiner Würde, die auf seinem Haupte außer der Stephans-Krone auch andere nicht minder geheiligte Kronen vereinigt. Die Slaven Oesterreichs können mit dieser Antwort Sr. Majestät zufrieden sein: Sie gibt ihnen die Hoffnung, daß vor Feststellung der gemeinsamen Angelegenheiten Ungarn kein Ministerium bekommt, also der Dualismus nicht zum Ziele gelangen wird. Es hatte vor diesen Worten des Kaisers den Anschein, als wollte die Regierung Ungarn zu Liebe das historische Recht aller übrigen Königreiche und Länder übersehen, welches ebensowenig veraltet ist, als das ungarische. — In gleicher Weise äußern sich über denselben Gegenstand die „Plynské noviny“ und die „Politik“.

Mit Bezug auf die neuesten Ereignisse in Bukurest schreibt ein Wiener Correspondent der „Köln. Ztg.“, Frankreich habe die Absicht, die orientalische Frage unter Mitwirkung Oesterreichs demnächst aufs Tapet zu bringen. Der Preis der österreichischen Allianz hebei wäre die Gründung einer österreichischen Secundogenitur in Bukurest, oder die Annexion von Seiten Oesterreichs. In obiger Kombination wird auch die italienische Frage mit hineingezogen, wobei Frankreich ein Arrangement in Bezug auf Venetien anstrebe, für welches speziell die Moldau als Aequivalent geboten werden sollte.

Es ist kein Zweifel mehr darüber, daß der Graf v. Flandern sich für die Ehre bedanke, Fürst von Rumänien und nebenbei von der Pforte Gnaden zu werden. Es werden also bald nacheinander Candidaten die Menge vorrücken. Es läßt ein Gerücht den Fürsten Vladislaus Szartoryski in Vorschlag gebracht erscheinen. Daß es sich ernstlich um die Erhebung dieses Fürsten auf den vacanten Thron Rumäniens handelt, glauben wir nicht, müssen aber diesem Gerüchte insofern eine Bedeutung beimesen, als in dem Vorrücken dieser Candidatur wahrscheinlich ein diplomatischer Schachzug zu erkennen, den Frankreich gegen Rußland ausspielt, um es hindern zu können für andere Pläne geschmeidiger zu machen. Denn daß Rußland nie und nimmer einen Fürsten, der bereits nach der Krönung Polens die Hand ausgestreckt hatte, als nächsten Nachbar dieses für Rußland so gefürchteten Reiches dulden werde, bedarf wohl erst keiner Erläuterung.

Graf Wartenkleben, welcher dem Schluß des preussischen Landtags in der ständischen Uniform beimohnte, wurde bei seinem Austritt aus dem Schlosse von der versammelten Menge umringt und verhöhnt, so daß, als einige Individuen sogar ihre Stöcke auf das Verdeck der Droschke fallen ließen, welche der Graf bestiegen hatte, Polizeibeamte sich in's Mittel legen mußten, um ihm einen freien Abzug zu verschaffen.

Aus New-York, 17. Februar, wird berichtet: Der österreichische Gesandte protestirte gegen eine Beleidigung des Kaisers Maximilian durch eine Rede Bancrofts. Staatssecretär Seward weigerte sich, den Protest anzunehmen, der Gesandte hat denselben erneuert. Den Nachrichten aus Mexiko zufolge, wurden die Republikaner bei Tampico geschlagen und verloren 850 Mann.

## Aus dem Gemeinderathe.

(Sitzung am 26. Februar.)

(Schluß.)

In der Generaldebatte über diesen Antrag nimmt zuerst Gemeinderath Dr. v. Kaltenegger das Wort und, indem er von der Annahme ausgeht, daß der Stadtgemeinde Agenden im übertragenen Wirkungskreise zugewiesen wurden, um deren Ueberlassung sie nicht angeht, begründet derselbe folgenden Zusatzantrag: Die Uebernahme der nicht zur Lokalpolizei gehörigen Geschäfte geschieht nicht in Anerkennung einer gesetzlich ausgesprochenen Verpflichtung und ohne Verzicht auf einen von der Stadtgemeinde an den Staat allenfalls zu stellenden Entschädigungsanspruch, und es sei dieser Antrag der Section für Rechtsangelegenheiten zur Berichterstattung zuzufertigen. Gemeinderath Dr. Schöppel bestreitet die Richtigkeit der Annahme, daß der Stadtgemeinde Geschäfte übergeben wurden, die nicht zur Lokalpolizei gehören, und macht gegen den Antrag Kalteneggers insbesondere geltend, daß, nachdem die Stadtgemeinde stets um die Ueberlassung der Lokalpolizei in deren vollem Umfange gebeten habe, die Einlegung einer Rechtsverwahrung derzeit, wo nur ein Wunsch der Gemeinde in Erfüllung gegangen sei, unpassend und nicht consequent erscheint. Weiters spricht noch Gemeinderath Dr. Suppan für den Antrag Kalteneggers, wogegen sich die Gemeinderäthe Brolich, Horak und der Bürgermeister, und zwar Letzterer insbesondere mit Beziehung auf den §. 112 des Statutes, gegen jenen Antrag aussprechen. Nachdem am Schlusse der Debatte der Antragsteller seine Ansicht nochmals zu begründen sucht und dagegen der Referent Dr. Bleiweis für die Ablehnung des Antrages spricht, wird zur Abstimmung geschritten und es bleibt der Antrag Dr. Kalteneggers in der Minorität. Hiernach werden die obigen Anträge der Polizeisektion der Reihe nach in die Spezialdebatte gezogen, an der sich bei den einzelnen Punkten die Gemeinderäthe Dezman, Brolich, Horak, Dr. v. Kaltenegger, Dr. Drel, Debevec, Dr. Schöppel, Dr. Bleiweis und der Bürgermeister betheiligen, und es werden sämmtliche Anträge angenommen, und zwar der Punkt 2 mit der Modifikation, daß der Diener Tertmann anstatt der beantragten 60 fl. ein Quartiergeld von 80 fl. erhält, dann der Punkt 5 mit dem Zusatzantrage, daß zu den nöthigen Adaptirungen der Magistrat im Einvernehmen mit der Bauktion ermächtigt wird. Im Anschlusse an diese Anträge und die hierüber gefaßten Beschlüsse wird über Antrag des Gemeinderathes Malic für die Meliorirung des hinter dem Polizeidirektionsgebäude gelegenen, der Stadtge-

meinde Laibach eigenthümlich gehörigen Gartens eine Vergütung von 60 fl. bewilligt und zur Auszahlung aus der Stadtkasse angewiesen. Bei diesem Anlasse bringt Gemeinderath Blasnik die Zweckmäßigkeit eines Durchganges zwischen dem Fürstehofe und dem Polizeidirektionsgebäude von der Herrngasse zum Weibertthale zur Sprache, in welcher Beziehung der Bürgermeister die Einleitung der nöthigen Schritte zusichert. Weiters wird über Antrag des Gemeinderathes Dr. Drel Seiner Excellenz dem Staatsminister Grafen Belcredi, „der uns der Gängelbande frei gemacht, an denen wir wie kleine Kinder bisher geführt worden“, Sr. Exce. dem früheren Statthalter Baron Schloßnigg „der als echter Deutscher Viedermann den Bürgerstand achtet und unsere Interessen im Landtage so patriotisch vertreten hat“ das Ehrenbürgerrecht der Stadt Laibach verliehen. Gemeinderath Dezman findet es nicht angemessen, daß derlei Anträge von einzelnen Mitgliedern im Gemeinderathe ohne eine vorläufige Vorbesprechung eingebracht werden und will behaupten, daß schon im §. des Reichsgesetzes auf Grund der Beschlüsse des Reichsrathes die Lokalpolizei unserer Stadtgemeinde zuwie; worauf Gemeinderath Horak es betont, wie die centralistische Opposition gegen den Staatsminister nicht ruhe, auch immer im Gemeinderathe, wie im Landtage Zwist und Haber hervorzurufen — Dezman ruft: „ich protestire nicht centralistische Opposition“, der Bürgermeister klingelt und spricht sich dahin aus, daß es ja doch in einem constitutionellen Staate keine Schande sein könne, der einen oder andern Partei anzugehören. Gemeinderath Dr. Suppan im Namen der Finanzsektion referirt über die Ausgleichung einer Schuld und eines Guthabens des gewesenen Bürgermeisters Dr. Burger gegenüber der Stadtgemeinde, und es wird die Finalisirung dieser Angelegenheit zur Kenntniß genommen. Gemeinderath Dr. Schöppel im Namen der Finanzsektion beantragt in Folge magistratischen Berichtes die öffentliche Versteigerung mehrerer unbrauchbarer Gegenstände, da das bisherige Aufbewahrungs-Lokale derzeit zu andern Zwecken benütziget wird, welcher Antrag angenommen wird. Gemeinderath Dr. Suppan im Namen der Sektion für Rechtsangelegenheiten trägt zunächst ein Schreiben der Südbahn-Gesellschaft vor, worin diese die Legung der Gasröhren durch die Lattermannsallee gegen Tivoli hin unter gewissen, von der Stadtgemeinde zu reverbirenden Bedingungen gestattet. Da der von der Südbahn-Gesellschaft verlangte Revers unbedenklich befunden wird, wird der Antrag auf Ausfertigung desselben anstandslos angenommen. Schließlich bringt Gemeinderath Bürger im Namen der Bauaktion mehrere Baugesenstände zum Vortrage und es werden die Anträge der Sektion: a) auf Liquidirung der für geliefertes Bauholz entfallenden Beträge von 220 fl. 47 kr. und von 387 fl. 12 kr.; b) auf Liquidirung der dem Unternehmer des Kanalbaues in der Polana gebührenden Verdienstsumme von 2269 fl. 78 1/2 kr. mit dem Zufage, daß von der Kaution desselben nur der Betrag von 227 fl. zurückzubehalten sei; c) auf Auszahlung der für die Tischlerarbeiten in der Oberrealschule entfallenden, der Stadtgemeinde mit einem Drittheile zur Last fallenden Kosten von 138 fl. 84 kr. mit Abzug der Kaution; d) auf Liquidirung der Verdienstsumme für den Kampenbau am Gruber'schen Kanale von 882 fl.; endlich e) auf Flüssigmachung der Kosten für sechs Winterfenster am Kastellthurme von 102 fl. 41 kr. ohne Debatte angenommen. Ueberdies wird noch die Ausfolgung der Kaution für die Pflasterung in der Theatergasse von 62 fl. bewilligt und die Sitzung gegen 8 Uhr geschlossen.

**Lokales und Provinziales.**

— Die Triester Handelskammer beschloß, das Gutachten der Kommission, welche sich mit der Villach-Udinebahn beschäftigt, mit warmer Befürwortung an das k. k. Handelsministerium gelangen zu lassen, u. zw. in dem Sinne, daß die Staatsverwaltung mit thunlichster Beschleunigung für die Richtung, welche dieselbe schließlich zu genehmigen für gut befinden wird, die Zinsengarantie und Concession ertheilen möge, und daß, möge die Richtung, welche diese Eisenbahn zu nehmen haben wird, welche immer sein, die Handelsvertretung von Triest das bringende Ansuchen stelle, daß die fragliche Eisenbahn ihren Endpunkt in Triest finde. (!)

— Unsere tüchtige heimatische Kraft, der an unserer Oberrealschule angestellte Professor des Zeichnens Hr. F. Slobočnik, hat mehrere von dem berühmten Landsmanne Andreas Herlein gemalte Portraits in sehr verwahrlostem Zustande in irgend einer Kumpelkammer des Schulgebäudes aufgefunden und macht sich an die Restaurirung dieser alten Bilder. Das eine dieser Bilder, das der genannte Herr Professor bereits gepußt und unter Rahmen gebracht hat, hatten wir Gelegenheit, selbst zu sehen, und ist dasselbe das wohlgetroffene Portrait des Kaisers Franz I., welches Herlein zur Zeit der Anwesenheit des Monarchen in Laibach malte und der Zeichenschule, deren Leiter er war, zu ewigem Andenken bedicirte.

— Neulich hatten wir wieder Gelegenheit, uns von dem großen Fleiße und der unermüdeten Ausdauer des Sekretärs im historischen Vereine, Herrn Pfeifer, zu überzeugen, der in der Aufstellung, Beschreibung und Katalogisirung der Vereinsbibliothek rasch vorwärts schreitet. Für diese genaue, gewissenhafte und uneigennütige Arbeit muß ihm der Verein zu besonderm Danke verpflichtet sein. — Auch die Ordnung des Archives soll bereits in Angriff genommen sein, — soviel entnahmen wir nämlich einer kurzen Bemerkung des damit betrauten Herrn Realschul-Professors G. Rozina — wir wünschten nur in verhältnißmäßig gleicher Zeit so erfreuliche Resultate in Form von Registern „auf dem Tische des Hauses“ liegen zu sehen, wie dies rückwärts der Titelcopien des Herrn Pfeifer der Fall ist! — Die „Mittheilungen“ des historischen Vereins aber sind von „ihrem Verfassungsfreunde“ selbst vorläufig „siftirt“ und mit ihnen auch der „engere Rath“ der Monatsversammlungen!

— Der Sokolabend am Samstag war sehr gut besucht und recht animirt; es wechselten auch diesmal recht gelungene Gesangsproductionen mit Deklamationen und der Vorlesung des „Brencelj“.

— Ausweis über die im Monate Februar 1866 vorgenommenen Lokalpolizeilichen Amtshandlungen: Brotbäckereien-Revision 3; Fleischnachwägungen 5; Schlachtlokalitäten Revision 4; konfiszirte Waagen und Maße 1.

— Der Professor der böhmischen Sprache an der Wiener Universität, Sembera, überreichte unlängst der Wiener Akademie der Wissenschaften ein Werk über „die Westslaven der Urzeit“. Der gelehrte Verfasser beweist darin, daß in Böhmen und Mähren, sowie in dem gleichen Längengürtel nach Süden bis zum adriatischen Meere, und nach Norden bis zur Ostsee nie Celten oder Markomanen gewohnt haben.

— (Zur Heimatkunde.) Ein aus dem vorigen Jahrhunderte stammendes Manuscript des Johann Daniel Freiherrn v. Erberg nennt uns die Namen der Statthalter von Innerösterreich von 1565 bis 1677. Es waren: Ludwig Graf von Löwenstein 1565, Urbanus Austruacus, Bischof von Gurk 1570, Christoph Andreas Freiherr von Spaur, Bischof von Gurk 1577, Carl Stobäus, Bischof von Lavant 1597, Johann Sigismund Graf Wagensberg 1609, Johann Jakob Freiherr v. Lamberg, Bischof von Gurk 1611, Thomas Chrön, Bischof von Laibach 1614, Leonhard Böz, Bischof von Lavant 1621, Reinold Starlchi, Bischof von Laibach 1630, Balthasar Galler, Freiherr, 1638, Joh. Markus Graf von Ultringen, Bischof von Seckau 1638, Wolfgang Ruprecht Rindsmaul, Freiherr, nachher Graf und geh. Direktor 1655, Grafamb Wilhelm Graf von Saurau, 5. April 1666, Otto Graf Rindsmaul, 13. Jänner 1667, Georg Christian Graf v. Saurau, 12. Juni 1688 (wurde 1680 Landeshauptmann), Georg Friedrich Graf v. Mersperg, kais. geh. Rath, legten August 1677. P. v. R.

**Verstorbene.**

Am 2. März. Gertraud Schidanez, Inskitutsarme, alt 78 Jahre, im Versorgungshause Nr. 4, an Altersschwäche. — Josef Struckl, Maurer, alt 63 Jahre, ins Civilspital sterbend überbracht.

Am 3. März. Herr Eduard Hild, Locomotiv-Führer, alt 31 Jahre, in der St. Peters-Vorstadt Nr. 114, an der acuten Lungentuberkulose. — Valentin Frebar, Zimmermann, alt 75 Jahre, in der St. Peters-Vorstadt Nr. 13, am Schleimschlage. — Helene Borstnik, Magd, alt 56 Jahre, im Civilspital, am organischen Herzfehler. — Anton Hrobath, Inwohner, alt 56 Jahre, ins Civilspital sterbend überbracht.

Anmerkung. Im Monate Februar 1866 sind 51 Personen gestorben, davon waren 26 männlichen und 25 weiblichen Geschlechtes, darunter 20 Kinder.

**Wochenmarkt in Laibach am 3. März**

Erdäpfel Mß. fl. 1.50 Einsen Mß. fl. 5.—, Erbsen Mß. fl. 4.50, Fifolen Mß. fl. 5.—, Rindschmalz Pfund kr. 52, Schweineschmalz Pfund kr. 40, Speck feich Pfund kr. 25, Speck geräuchert Pfund kr. 38, Butter Pfund kr. 45, Eier Stück 1/2 kr., Milch Mß. kr. 10, Rindfleisch Pf. 20, 16 und 12 kr., Kalbfleisch Pf. kr. 18, Schweinefleisch Pf. kr. 16, Schöpfenfleisch Pf. kr. —, Hähnkel pr. Stück kr. 60, Tauben Stück kr. 18, Hen Cent. fl. 1.50, Stroh Cent. fl. 1.45, Holz hartes 30zöllig Klafter fl. 7.50, weiches Kst. fl. 5.50, Wein rother Cimer fl. 13, weißer Cimer fl. 14.

**Getreidepreise in den Magazinen am 3. März.**

Weizen Mß. fl. 4.—, Korn Mß. fl. 2.75, Gerste Mß. fl. 2.25, Hafer Mß. fl. 1.77, Halbrucht Mß. fl. 2.94, Heiden Mß. fl. 2.32, Hirse Mß. fl. 2.35, Kukuruz Mß. fl. 2.43.

Coursbericht	1. März.		3. März.		5. März (tel.) (Durchschnitts-cours)
	Geld	Waare	Geld	Waare	
In östereich. Währung zu 5%	56.85	57.—	56.25	56.40	—
" rückzahlbar " 2 1/2 %	99.—	99.40	99.—	99.40	—
" von 1864	86.70	86.90	86.—	86.40	—
Silberanleihen von 1864 . . . . .	68.—	68.50	68.—	68.50	—
Nationalanleihen 5 % . . . . .	63.90	64.—	63.—	63.20	63.—
Metalliques 5 % . . . . .	61.25	61.35	60.45	60.55	60.55
Verlosung 1839 . . . . .	146.50	147.50	142.50	143.50	—
" 1860 zu 500 fl. . . . .	79.50	79.70	78.20	78.30	79.30
" 1864. . . . .	74.50	74.60	72.20	72.30	—
Como-Rentischeine 42 L. austr. . .	16.—	16.50	16.—	16.50	—
Grundentlastungs-Oblig. von Krain	84.—	86.—	84.—	86.—	—
Steiermark	84.—	86.—	84.—	88.—	—
Nationalbank . . . . .	734.—	735.—	727.—	728.—	732.—
Kreditanstalt . . . . .	144.50	144.60	141.30	141.40	143.10
Wechsel auf London . . . . .	101.80	102.25	102.10	102.50	102.20
Silber . . . . .	101.60	101.75	101.90	102.—	101.75

**Correspondenz der Redaktion.**

2 m+3 in Mann: Wir ersuchen umgehend.  
 \*r\* in Kraxen: Sehr verbunden — kommt demnächst; dies ist die Sprache eines wahren Patrioten!  
 Dr. A. — Wir haben nichts erhalten; wir bitten nicht zu vergessen.

**Nr. 988. Kundmachung. (19—1.)**

Zur Ergänzungswahl der Gemeinderäthe für das Jahr 1866 ist die Wählerliste zusammengestellt worden, und liegt zu Jedermanns Einsicht beim Magistrate auf.

Reclamationen gegen diese Wählerliste sind mündlich oder schriftlich hieramts bis 30. März l. J. einzubringen, da auf spätere Einwendungen kein Bedacht genommen wird.

Dies wird sämmtlichen Hauseigenthümern zur eigenen Wissenschaft und Bekanntgabe an ihre Wohnparteien mitgetheilt.

Stadtmagistrat Laibach, am 28. Februar 1866.

Der Bürgermeister: Dr. E. S. Costa.

**3. Ausverkauf. 9**

In Folge Beschlusses des Ausschusses wird das in die Johann Kraschovič'sche Vergleichsmasse gehörige

**Galanterie-, Nürnberger- und Modewaarenlager**

zu herabgesetzten Preisen ausverkauft.

Laibach, am 8. Jänner 1866. Dr. Bart. Suppanz.